

NAHE AN DER SPREE

Ihr Newsletter aus dem Deutschen Bundestag



Liebe Freundinnen und Freunde,

das Coronavirus hat Deutschland erreicht. Jens Spahn und sein Krisenstab arbeiten mit vollem Einsatz daran, die Ausbreitung des Virus in Deutschland weiter einzudämmen. Für uns gelten darum erhöhte Wachsamkeit und praktische Hygienemaßnahmen, wie etwa: konsequente Husten- und Niesetikette, häufiges und gründliches Händewaschen und Abstand zu Erkrankten wahren. Viele weitere wichtige Themen haben mich diese Woche umgetrieben. So fordert die Lage an der türkisch-griechischen und türkisch-bulgarischen Grenze unsere Aufmerksamkeit. Meinen Kommentar dazu finden Sie in dieser Ausgabe des Newsletters. Außerdem geht es um ein Treffen mit Jens Spahn zum Kirner Krankenhaus, um einen Termin mit Anja Karliczek, die Zukunft der Automobilindustrie und den Kampf gegen Rechtsextremismus.

Viel Freude beim Lesen!

Ihre *Antje Lezius*

Halten Sie die Printausgabe in Händen und möchten meinen Newsletter zukünftig digital lesen? Abonnieren können Sie ihn unter www.antje-lezius.de oder durch das Einscannen des QR-Codes.



Eine sichere Grenze und humanitäre Werte sind kein Widerspruch, sie bedingen einander

Der türkische Präsident versucht auf dem Rücken der Schwächsten Politik zu machen und die Europäische Union unter Druck zu setzen.

Gestern habe ich im Plenum gegen einen Antrag der Grünen gestimmt, der trotz guter Ansätze, eine einseitige Kontingentlösung vorschlägt, wodurch ein gemeinsames europäisches Vorgehen konterkariert wird. Außerdem wird in dem Antrag Griechenland für sein Vorgehen an der Grenze stark kritisiert. Ich bin aber der Meinung: Eine sichere Grenze und humanitäre Werte sind kein Widerspruch, sondern bedingen einander!

Zu meiner Abstimmung habe ich mit vielen Kollegen meiner Fraktion eine persönliche Erklärung im Bundestag abgegeben, die ich Ihnen hier – etwas gekürzt – erläutern will:

Die dramatische Lage gerade in den griechischen Hotspots kann uns nicht unberührt lassen. Besonders die jüngsten und schwächsten Personengruppen wie Frauen, Kinder und unbegleitete Jugendliche sind in einer äußerst schwierigen Situation.

Die Europäische Union ist hier insgesamt gefordert, eine nachhaltige Lösung zu finden und die Regierung in Griechenland zu unterstützen. Gerade für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollte zügig eine Humanitäre Hilfe vor Ort in Griechenland sowie medizinische Versorgung mit geschultem Personal organisiert werden.

Außerdem sollte eine europäische Aufnahme von Kindern und Jugendlichen aus den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern, zur Entlastung Griechenlands ermöglicht werden. Ich begrüße, dass Innenminister Seehofer sich auf europäischer Ebene hochengagiert für einen Verteilungsschlüssel einsetzt. Wir brauchen aber auch ein reformiertes EU-Türkei-Abkommen, damit sich die Situation der Flüchtlinge verbessert.

Der von den Grünen geforderte einseitige, nationale Alleingang mit Übernahme von Kontingenten, würde alle europäischen Lösungen erschweren. Dies wäre deshalb der falsche Weg und darum habe ich dagegen gestimmt.

Unsere Erklärung zum Tagesordnungspunkt der Plenumsitzung im Wortlaut finden Sie hier: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19148.pdf>



Übergabe Krankenhaus Kirn

Ich unterstütze die Bürgerinitiative „Rettet das Kirner Krankenhaus“ und habe mich vor Ort in vielen persönlichen Gesprächen mit der Situation des Kirner Krankenhauses befasst.

Am Dienstag habe ich Bundesminister Jens Spahn um seine Unterstützung beim Erhalt des Kirner Krankenhauses gebeten und ihm eine Petition der Bürgerinitiative übergeben. Für die gute Sache ziehen mein Kollege Joe Weingarten und ich hier gemeinsam an einem Strang. Vorbehaltlich der besonderen Arbeitsbelastung des Bundesgesundheitsministers möchte ich aber zeitnah ein Gespräch mit Jens Spahn und Vertretern der Bürgerinitiative organisieren.

Ich freue mich jetzt auf den Runden Tisch am

Montag, dem 09.03.2020, um 9 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses,

den unser CDU-Landesvorsitzende Christian Baldauf initiiert hat. Vertreter des Landesgesundheitsministeriums, der Kassenärztlichen Vereinigung, des Trägerkrankenhauses Kreuznacher Diakonie und geladene Experten werden zusammenkommen, um die Situation zu besprechen und Lösungen zu finden.

Auf dem Bild: Antje Lezius, Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, Joe Weingarten.



Interner Austausch im Bildungsministerium

Bundesministerin Anja Karliczek (CDU) hat mich mit meinen Kollegen der CDU-Landesgruppen Rheinland-Pfalz und des Saarlands in ihren Berliner Dienstsitz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eingeladen.

Beim Austausch mit der Bundesministerin kamen wir schnell auf äußerst spannenden Themen, wie „Grüner Wasserstoff“ und „Quanten-Computing“ zu sprechen. Interessant für mich sind auch die vielfältigen Forschungsansätze und praktischen Beispiele der Transformation von einer marktwirtschaftlichen, auf Erdöl basierende Wirtschaft hin zu einer Marktwirtschaft, in der fossile Ressourcen durch verschiedene nachwachsende Rohstoffe ersetzt werden, einer sogenannten „Bioökonomie“. Hier bereitet die Forschung eine mögliche Zukunft vor.

Die Ministerin strich Deutschlands Status als Innovationsland Nr. 1 heraus und zeichnete die Verfahren nach, durch die das BMBF diese Position – zum Teil schon seit Jahrzehnten – beständig und systematisch stärkt. Mit gezielter Vernetzung, Investitionen und Anreize werde Deutschland in der Europäischen Union auch in Zukunft als Forschungs- und Wirtschaftsstandort ein globales Schwergewicht bleiben, so die Ministerin. Vielen lieben Dank, für diese wichtigen Einblicke, Anja!

Auf dem Bild: Bundesministerin Anja Karliczek mit Antje Lezius



Parlamentarisches Frühstück der Unternehmensberater

Am Donnerstag war ich als Schirmherrin eines parlamentarischen Frühstücks mit dem Bund Deutscher Unternehmensberater (BDU) aktiv, um mich über die Zukunft der Mobilität zu informieren. Nach meiner Begrüßung übergab ich das Wort an zwei Fachexperten, die meine Kollegen und mich durch das komplexe Thema der „Zukunft der deutschen Automobilwirtschaft“ führten. Wir konnten hier verschiedene Antriebsarten und ihre Alltagstauglichkeit in Stadt und Land diskutieren.

Auch über Speichermöglichkeiten für Energie in Batterien oder in Form von „Grünem Wasserstoff“ und die nachhaltige Erzeugung von Strom konnten wir uns austauschen. Um die Versorgungssicherheit mit nachhaltig erzeugtem Strom zu gewährleisten, kann ein europäischer Ansatz zur Lösung führen, der mit dem Sonnenreichtum im Süden und Wind im Norden Europas die jeweiligen Stärken bündelt.

Es ist ganz entscheidend den Mittelstand auf dem Weg dieser Transformation in die Zukunft der Mobilität zu begleiten. Klar wird auch, dass technologieoffene Herangehensweise das Gebot der Stunde ist und bleibt.

Der Austausch hat mich noch einmal darin bestärkt, dass wir uns in der Debatte um zukünftige Antriebstechniken nicht verfrüht auf eine Technologie festlegen dürfen und dass wir der Forschung die Türen für Innovationen und neuen Speichertechnologien offen halten müssen.

Auf Worte folgen Taten

Die Anschläge von Hanau und Volkmarsen bedrohen die Grundfeste unserer Gesellschaft. Menschverachtende Sprache und eine verrohte öffentliche Debatte zerstören unsere gemeinsamen Werte und unser friedliches Zusammenleben.

Wir stehen in der Union geschlossen mit allen Demokraten im Kampf gegen Rechtsradikalismus. Und wir grenzen uns klar von rechtsextremer Hetze und Gewalt ab.

In der Debatte am Donnerstag zu „Rechtsextremismus und Hass entschieden bekämpfen“ ging es um Konsequenzen aus den rechtsterroristischen Morden von Hanau.

Auf Worte folgen Taten! Wenden wir uns gegen die Verrohung unserer Sprache und unseres Miteinanders. Aber auch auf unsere Worte folgen Taten. Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität finden Sie hier: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/10/kabinett-beschliesst-massnahmen-gg-rechtsextrem-u-hasskrim.html>

Zahl der Woche

3,1 Prozent ...

...des Brutto-Inlandsproduktes sind Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Im Jahr 2018 wurden in Deutschland insgesamt 104,8 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Damit hat Deutschland das in der Wachstumsstrategie für die Europäische Union „Europa 2020“ festgelegte Ziel eines Anteils von mindestens 3 Prozent am BIP für Forschung und Entwicklung bereits übertroffen.

Kontakt

Bürgerbüro Bad Kreuznach

Freiherr-vom-Stein-Str. 16
55543 Bad Kreuznach
Tel.: (0671) 92 02 97 33
Fax: (0671) 92 06 50 93

Berlin

Platz der Republik
111011 Berlin
Tel.: (030) 227 78152
Fax: (030) 227 70152

Bürgerbüro Birkenfeld

Weierbacher Str. 3
55743 Idar-Oberstein
Tel.: (06784) 98 373 55
Fax: (06784) 98 373 56

Online

www.antje-lezius.de
<https://de-de.facebook.com/AntjeLezius/>